

RESOLUTION DER VOLLVERSAMMLUNG CHEMIE VOM 15.1.76

Die Vollversammlung der Fachbereiche 7,8,9 verurteilt das Hochschulrahmengesetz, wendet sich insbesondere gegen Regelstudienzeit und Ordnungsrecht und tritt für eine verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat ein.

Sie begrüßt den Beschluß des Studentenparlaments, der eine Urabstimmung über einen längerfristigen aktiven Streik im SS 76 gegen das Hochschulrahmengesetz vorsieht.

Alle in der VV anwesenden Studenten und die Fachschaftsvertreter werden aufgefordert zur Diskussion und zur Einigung innerhalb der Studentenschaft beizutragen.

Alle interessierten Studenten sollen in einem von der Fachschaftsvertretung zu bildenden Arbeitskreis zum HRG mitarbeiten.

Mit einer Enthaltung angenommen

Fachschaftsrat Chemie

Resolution der Vollversammlung Chemie vom 15.1.1976

Regierung und Opposition bereiten gegenwärtig Gesetzesänderungen vor, die die Meinungs- und Pressefreiheit weiter einschränken sollen. Die Androhung von Gewalt (§ 126 a), die Anleitung zur Gewalt (§ 130 a) und die Befürwortung von Gewalt (§ 88 a) sollen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden können.

Diese Gesetzesänderungen werden morgen, am 16.1. 1976 im Bundestag in 2. und 3. Lesung beraten.

Für uns Studenten wird so das im Hochschulrahmengesetz vorgesehene Ordnungsrecht ergänzt durch das Strafrecht.

Uns soll nicht nur verboten sein, für die Durchsetzung unserer Interessen zu streiken, sondern auch die Erörterung von möglichen Kampfmaßnahmen wird unter Strafe gestellt. Es soll z.B. nicht mehr erlaubt sein, die Bestreikung der Hafner-Klausur durch die Studenten des damaligen dritten Semesters als notwendig darzustellen, weil alle anderen Bemühungen, die Verschiebung der Klausur zu erreichen, vergeblich waren.

Es soll z.B. strafbar sein, wenn man den Streik der Marburger Studenten für die Wiedereinsetzung ihres AStAs und in diesem Zusammenhang die Verhinderung von Lehrveranstaltungen billigt.

Diese Gesetzesänderungen treffen aber nicht nur die Studenten, sondern das ganze Volk; so z.B. die Bauplatzbesetzer in Wyhl oder Arbeiter, die sich beraten, wie sie gegen Streikbrecher vorgehen können.

Solche Kampfmaßnahmen sind aber notwendig, wenn anders als durch Gewalt das Volk seine Interessen nicht durchsetzen kann. Daran kann kein Verbot durch Gesetze etwas ändern.

Deshalb erklären wir:

Wir werden uns unsere unverzichtbaren Rechte wie Meinungs- und Pressefreiheit nicht nehmen lassen!

Die fachschaftsvertretung wird beauftragt, diese Stellungnahme vorzutragen auf der Kundgebung gegen diese Maulkorbgesetze am 16.1.1976 um 17 Uhr am Weißen Turm.

Mit einer Enthaltung angenommen.

Fachschaftsrat Chemie

RESOLUTIONSENTWURF DER VV DER FB 7,8,9

An allen Hochschulen der BRD sind die Studien- und Lebensbedingungen der meisten Studenten schlecht, und der Staat geht daran, sie weiter zu verschärfen.

Wir befürworten deshalb eine Demonstration im Urabstimmungszeitraum in Wiesbaden gegen "unser" Landeshochschulgesetz. Wir beauftragen den AStA, sich auf der Landesastenkonzferenz dafür einzusetzen.

Vom 15.11.-25.11. wird an der THD eine Urabstimmung über den folgenden Text durchgeführt:

"Ich bin für einen Streik der Studentenschaft der THD ab 28.11.77 im Rahmen der bundesweiten Aktionen unter den Forderungen:

-Rücknahme des HRG, insbesondere der Bestimmungen über Ordnungsrecht und Regelstudienzeit; keine Anpassung des Landeshochschulgesetzes!

-gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!

-ausreichende materielle Absicherung des Studiums!

Über Abbruch oder Fortsetzung des Streiks entscheidet eine wöchentlich vom AStA einzuberufende Vollversammlung."